

Was ist unser Anliegen?

Gemeinsam raus aus der Ohnmacht und Vereinzelung - für ein angstfreies, solidarisches Miteinander!

Das aktuelle Wirtschaftssystem verursacht eine rücksichtslose Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, menschliche Vereinzelung und schlechte Arbeitsbedingungen für viele Menschen weltweit. Insbesondere in den lebenswichtigen Bereichen des Pflege- und Betreuungssektors dominiert zumeist Profitmaximierung auf Kosten von Menschen. Die Verbesserung der Arbeitsumstände vieler Menschen kann nur grundlegend gelingen, wenn neben der Frage nach gerechten Löhnen auch die der Beseitigung struktureller Probleme (z.B. der Profitorientierung im Gesundheitswesen) angegangen wird! Genau solche Forderungen sind grundsätzlich politischer Natur, da sie gesamtgesellschaftliche Verhältnisse verbessern wollen! In Deutschland wird allerdings bisher suggeriert, dass der politische Streik rechtlich nicht zulässig sei.

>>> Eine aktualisierte Beurteilung der Rechtsprechung in Deutschland wird voraussichtlich zu dem Ergebnis kommen, dass das Verbot des politischen Demonstrationsstreiks nicht haltbar ist. Zu dieser rechtlichen Einschätzung muss mensch schon allein aufgrund der Unvereinbarkeit mit der EU-Menschenrechtskonvention (§ 10 EMRK Menschenrecht auf Meinungsäußerungsfreiheit, § 11 Recht auf Streik) sowie unseres Grundgesetzes (§ 9, Absatz 3 Koalitionsfreiheit inklusive Streikrecht sowie § 5, Absatz 1 Meinungsfreiheit) kommen.

Es ist für demokratisch denkende Menschen auch unerträglich, dass in Deutschland etwa gegen die Verschlechterungen im Rentensystem nur wenige Stunden und nicht länger, wie zum Beispiel in Frankreich, gestreikt werden darf. Die restriktive Auslegung des Streikrechts in Deutschland steht im Widerspruch zu den Menschenrechten. Unser Ziel ist es, darüber aufzuklären und Strategien zu finden, um diese Widersprüche zu beseitigen. Ein neues Verständnis von Streik ist mehr als überfällig. Daher suchen wir mit dem Ansatzpunkt politischer Streik gemeinsam einen Weg raus aus der angeblichen politischen Ohnmacht der Arbeitnehmer*innen.

Viele politisch-ökonomische Missstände lassen sich weit über einzelne Branchen hinweg identifizieren, und haben das Potential zu einer breiteren Mobilisierung zugunsten einer arbeitnehmer*innenfreundlicheren und gemeinwohlorientierten Organisation von Arbeit! Wir denken, dass ein Ausloten solcher Verbindungen auch deutlich machen wird, dass der oft konstruierte Gegensatz zwischen den Interessen der abhängig Beschäftigten und dem Umwelt- und Klimaschutz vielfach nicht in dieser Form gegeben ist und nachhaltigere Arten des Wirtschaftens Vorteile für alle bringen können.